



Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 / 2. Etage | 38100 Braunschweig

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL

Volksfreundhaus

Schloßstraße 8 / 2. Etage
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 4827 3220

Fax: +49 531 4827 2717

info@christos-pantazis.de

www.christos-pantazis.de

8. Dezember 2014

PRESEMITTEILUNG

Rede von Dr. Christos Pantazis MdL

zu Tagesordnungspunkt 38

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Ja zur Einbürgerung – Einbürgerungskampagne starten!“

während der Plenarsitzung vom 24.10.2014

im Niedersächsischen Landtag

Sehr geehrter Herr Präsident!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Regierungsfractionen bekennen sich zu einem weltoffenen Niedersachsen, in dem Vielfalt und Teilhabe gestärkt werden soll.

Wir tun dies im festen Glauben, dass unser Land – Niedersachsen – ein Einwanderungsland und Heimat für Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft geworden ist!

So hatten per Stichtag 9. Mai 2011 16,7% der niedersächsischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund – mit ansteigender Tendenz!

www.facebook.com/ch.pantazis www.twitter.com/ch_pantazis

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe
Mitglied des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Mitglied der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Zwingende Voraussetzung dieses Verständnisses von unserem Land ist eine gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur von zugewanderten Menschen und ihren hier geborenen Nachkommen. Essenzieller Bestandteil einer solchen Politik stellt schlussendlich der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Verwaltungsakt – die Einbürgerung – dar!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Willen, in unserem Land eine gelebte Willkommenskultur für Menschen mit Migrationshintergrund zu gestalten, haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung nicht nur darauf verständigt, uns auf Bundesebene für die Abschaffung des Optionszwangs und für die Mehrstaatigkeit einzusetzen, sondern ergänzend dazu eine Einbürgerungskampagne zu starten.

Wir wollen „Ja“ sagen zur Einbürgerung!

Durch diese nämlich erlangen zugewanderte Menschen alle bürgerlichen Rechte und Pflichten, die nach unserer Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ausschließlich Staatsbürgern vorbehalten sind.

Mit dem feierlichen Bekenntnis zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht ihnen, als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – Staatsbürger – ferner das Recht zu, politische Mitwirkungsmöglichkeiten zu nutzen.

Langfristig gesehen kann diese Form der Einbindung von zugewanderten Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens nur im Interesse des Gesetzgebers sein.

Ziel unserer Bemühungen soll es daher sein, die guten Gründe, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, zu verdeutlichen.

So gelten hierzu:

die freie Wahl des Aufenthalts und des Wohnsitzes in Deutschland (Freizügigkeit) sowie in allen anderen Ländern der Europäischen Union,
erleichterte Nachzugsmöglichkeiten für Familienangehörige,
die uneingeschränkte Berufsfreiheit,
visafreie Reisemöglichkeit in viele Länder und Schutz im Ausland durch die deutsche Auslandsvertretung,
das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Vor dem Hintergrund dieser zahlreichen guten Gründe, sich einbürgern zu lassen, betrübt es, dass von den bereits genannten 16,7% der niedersächsischen Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund lediglich etwas mehr als 60% einen deutschen Pass besitzen. Und das, obwohl mehr als die Hälfte von ihnen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

Und nicht nur das: Im Vergleich zum Jahr 2002 sind laut dem Landesamt für Statistik Niedersachsen die Einbürgerungen 2012 sogar rückläufig.

Diese Zahlen bringen deutlich zum Ausdruck: Es herrscht Handlungsbedarf!

Im Sinne einer gelebten Willkommenskultur gilt es daher Maßnahmen zu ergreifen, den angesprochenen Personenkreis aufzuklären und die Angst vor dem bürokratischen und häufig als diskriminierend empfundenen Verfahren der Einbürgerung zu nehmen.

Ich möchte Ihnen gerne die Beispiele Nordrhein-Westfalen und Hamburg nennen. Diesen Bundesländern ist es durch große Einbürgerungsinitiativen gelungen, die Zahlen der Einbürgerungen deutlich zu erhöhen. Sie haben es geschafft, den Einwanderinnen und Einwanderern deutlich zu machen, dass sie zu diesem Land dazugehören.

Laut dem Hamburger ersten Bürgermeister Olaf Scholz – der beispielhaft die Mitbürgerinnen und Mitbürger hierzu persönlich anschreibt – kann die Einbürgerung somit eine Krönung des persönlichen Lebensweges in Deutschland sein, die es zu unterstützen gilt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung in unserem hier eingereichten Entschließungsantrag auf, eine landesweite öffentlichkeitswirksame Einbürgerungskampagne in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden zu starten.

In diesem Zusammenhang ist zuallererst das Einbürgerungsverfahren zu optimieren, indem konkrete Angebote, Hilfestellungen und die Beseitigung von Hindernissen geprüft werden müssen.

Weiterhin ist eine Erhöhung der Einbürgerungszahlen insbesondere bei EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern anzustreben. Aktuell ist auffällig, dass der Anteil an Einbürgerungen geringer ist als er aufgrund der Möglichkeit der Mehrstaatigkeit sein könnte.

Unsere dritte Forderung ist eine aussagekräftige Evaluation der Einbürgerungskampagne nach einem entsprechenden Zeitraum. Hierbei sollte Auskunft über die Anzahl, die Dauer und den Erfolg der Einbürgerungsverfahren gegeben werden können.

Und schlussendlich fordern wir die Landesregierung auf, die landesrechtlichen Möglichkeiten für Einbürgerungen weiterhin voll auszuschöpfen und sich auf Bundesebene gezielt für Mehrstaatigkeit einzusetzen.

Ich persönlich sehe es als unsere – ja meine! – Verpflichtung an, den bisher noch nicht allumfassend informierten Personenkreis die mit der Einbürgerung verbundenen Möglichkeiten vor Augen zu führen.

Daher habe ich aus aktuellem Anlass meine eigene Einbürgerungsurkunde mitgebracht! Dieser ist zu entnehmen, dass ich in ein paar Tagen, am 31. Oktober, nicht nur den Geburtstag meiner Frau feiere, sondern auch den 12. Geburtstag meiner Einbürgerung!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich daher mit einem Appell an unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger enden.

Wer in Niedersachsen seine Heimat gefunden hat, sich zu unseren Grundrechten bekennt, soll sich auch als vollwertiges Mitglied unserer Gemeinschaft fühlen – mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

In diesem Sinne, geben Sie sich einen Ruck. Sagen Sie JA zur Einbürgerung.
Denn Sie sind herzlich willkommen – jede und jeder Einzelne von Ihnen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.